

Für Herrn Dr. Meisel insbesondere möchte ich noch ein paar Ausführungen zur Rechtslage durchführen. Ziffer 12 des Ministerratsbeschlusses gestattet nur dem Parlamentarischen Ausschuß und dem Staatsanwalt sowie den Gerichten im Zusammenhang mit laufenden Verfahren, in dieses Datenmaterial Einblick zu nehmen. Diese Rechtslage habe ich akzeptiert, und Vorwürfe gegen mich können sich ausschließlich nur auf diesen Ministerratsbeschluß beziehen.

Heute kann man mir nicht vorwerfen, daß ich diese Rechtslage akzeptiert habe und nicht eigenmächtig rechtswidrige Recherchen durchgeführt habe.

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, daß die Rechtsgrundlage für das Handeln des Innenministers in dieser Frage dieser Ministerratsbeschluß war, an dem zum damaligen Zeitpunkt noch die SPD federführend mitgearbeitet hat über mehrere Lesungen und ihn jetzt nicht mehr wahrhaben möchte.

Aus heutiger Sicht, insbesondere auf Grund der sich abzeichnenden Zeitprobleme, bin ich jedoch durchaus der Auffassung, daß dieser Ministerratsbeschluß sicherlich nicht der Stein des Weisen ist, zumal wir bis zum 3.10. nur noch Zeit haben, dieses Problem als DDR-Problem zu bearbeiten.

Ich erlaube mir im folgenden noch ein paar Bemerkungen zu den Vorwürfen. Herr Anys, ich habe mich von der DSU getrennt und nicht die DSU von mir. Das ist eine ganz klare Richtigstellung.

(Beifall bei CDU/DA)

Ein Abgeordneter dieses Hauses, Herr Prof. Walther von der DSU, hat heute folgende Aussage getroffen: Alle hauptamtlichen Mitarbeiter des Mdl waren bei der Stasi. Jeder Polizist meines Ministeriums ist hauptamtlicher Mitarbeiter des Mdl und, Herr Prof. Walther, ich hoffe, daß Sie nie die Hilfe meiner Polizisten brauchen. Ich garantiere Ihnen aber, daß diese disziplinierten, anständigen Polizisten Ihnen helfen werden. Das gehört zu meinem Selbstverständnis, und ich hoffe auch, daß es Ihnen gut tun wird.

(Beifall bei CDU/DA)

Gestatten Sie mir eine abschließende Bemerkung zu den Vorwürfen.

(Frau BIRTHLER, Bündnis 90/Grüne:
Er verrät sich immerzu!)

Wenn ich nicht erschöpfend hier Rede und Antwort gestanden habe, dann bitte ich Sie doch, in diesen Ministerratsbeschluß Einblick zu nehmen und einfach davon auszugehen, daß ich mit diesem Ministerratsbeschluß im Prinzip gar keine Möglichkeit mehr hatte, eigenständig Recherchen durchzuführen, weil man damals der Auffassung war im Ministerrat übereinstimmend, daß die Polizei nicht damit beauftragt werden sollte, das MfS-Problem zu lösen. Man hat das aus diesem Grunde, wegen dieses verstörten Vertrauensverhältnisses, das dargestellt wurde, Parlamentariern überlassen, und Parlamentarier haben das Problem nach meinem Dafürhalten auch relativ gut gelöst.

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Danke schön, Herr Minister. Es liegen einige Anfragen vor. Sind Sie bereit, darauf einzugehen?

(Dr. Diestel: Selbstverständlich.)

Dann würde ich vorschlagen, wir fangen von links an und setzen das dann fort bis zum Prof. Walther.

Möller (SPD):

Ich bin ja in der Rede schon kurz auf den Rechtsstandpunkt eingegangen, daß es von Ihnen keine Recherchen hätten geben

dürfen. Dann ist es aber doch zumindest - stimmen Sie da mir zu? - ebenso skandalös, daß mit Unterlagen, nach denen solche Recherchen hätten gemacht werden können, die also eigentlich nur dem Sonderausschuß nach Ihrer Rechtsauffassung zur Einsichtnahme zugestanden hätten, im Bereich des staatlichen Komitees bis heute gearbeitet wird. Das heißt also: Haben Sie in der Hinsicht - wenn Sie diesen Rechtsstand, den ich nicht teile, vertreten - dann nicht Ihre Dienstaufsicht sträflich vernachlässigt?

Dr. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:

Ich habe einen umfangreichen Komplex von Unterlagen verschiedenster Natur, etwa 150 laufende Kilometer Datenmaterial, und ich habe nicht das Recht - das ergibt sich eindeutig durch Nachlesen dieses Ministerratsbeschlusses -, hier eigenständig Auswertungen oder Rückschlüsse zu ziehen. Dafür hat sich der Sonderausschuß eingesetzt, und diese Frage der Arbeitsteilung ist damals diskutiert worden. Diese Aufgabe der Auswertung und des Führens der Gespräche ist in Übereinstimmung mit dem Leiter des Sonderausschusses auf Seiten des Sonderausschusses vereinbart worden.

Schulz (Bündnis 90/Grüne):

Herr Innenminister, gestatten Sie mir die Feststellung, daß Sie dieses Parlament schon einmal belogen haben, als Ihnen der Abgeordnete Gauck Ende Mai die Frage gestellt hat, ob Sie Recherchen über tote oder lebende Personen anfertigen lassen und Sie diese Frage mit einem klaren Nein beantwortet haben, obwohl der Leiter des Komitees, Herr Eichhorn, vor dem Ausschuß bestätigt hat, daß Sie eben solche Recherchen im Auftrag gegeben haben.

Dr. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:

Herr Abgeordneter, Sie haben mich der Lüge bezichtigt. Ich habe damals nicht gelogen. Es ist Strafanzeige angedroht worden.

(Unruhe bei Bündnis 90/Grüne)

Herr Abgeordneter, gestatten Sie mir, die Frage zu Ende zu beantworten - es war keine Frage. Ich glaube, daß ein rechtliches Verfahren im Nachhinein nach dieser Aussprache zwischen uns beiden Klarheit in die Frage bringen wird, wer gelogen hat oder wer eventuell bewußt falsch eine Behauptung gegen einen politisch Verantwortlichen in die Öffentlichkeit führt.

(Schulz, Bündnis 90/Grüne: Das steht Ihnen frei.)

(Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Schmieder:

Ich hatte gesagt, von links nach rechts, da wäre Herr Dr. Meisel der nächste.

Dr. Meisel (Bündnis 90/Grüne):

Herr Dr. Diestel, habe ich Sie recht verstanden, daß Sie gewartet haben, bis Ihnen die Listen der OibE überreicht wurden?

Zweite Frage: Welche Initiativen haben Sie als Minister unternommen, um in dieser wichtigen Frage die Arbeiten der Bürgerkomitees zu unterstützen und so zu beschleunigen, daß in kürzester Zeit eine Sicherheitsüberprüfung aller wichtigen Stellen in den Ministerien erfolgen konnte?

Dr. Diestel, Minister für Innere Angelegenheiten:

Ich habe mehrfach um die OibE-Liste gebeten und habe auch mehrfach nachgefragt. Das ist nachweislich. Ich habe am ver-